

Volks-Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1911. Nr. 212.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 204.

Druckerei für Halle und Vertriebsstelle für die Provinz Sachsen, durch die Post bezogen 8 Pf. für das Vierteljahr. Die halbjährige Zeitung erscheint wöchentlich fünfmal. — Preis: 10 Pf. — Einzelhefte: 2 Pf. — Anzeigen: 10 Pf. — Anzeigenannahme bei der Expedition in Halle a. S. und bei allen bekannten Annoncen-Expeditoren.

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren für die halbjährliche Beilage oder deren Raum für Halle und Vertriebsstelle 20 Pf., auswärts 30 Pf. Reklamen am Schluß des rechnerischen Zeils die Zeile 100 Pf. Anzeigenannahme bei der Expedition in Halle a. S. und bei allen bekannten Annoncen-Expeditoren.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße 87, Hinterhaus, Eingang Dr. Brauhäuser. Telefon 158; Redaktionstelephon 172. Geschäftsleiter: Dr. Walter Gedenleben in Halle a. S.

Sonnabend, 6. Mai 1911.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30. Telefon Amt VI Nr. 16290. Druck und Verlag von Otto Zietze in Halle a. S.

Deutsches Reich.

*** Kaiser und Kaiserin.** Der Reichskanzler Dr. von Bethmann-Hollweg ist bekanntlich Freitag vormittag in Karlsruhe eingetroffen. Auf dem Bahnhofsplatze waren zur Begrüßung erschienen Generaldirektor von Zentgraf, General der Eisenbahnen, der Adjutant des Großherzogs Major von Braun. Der Reichskanzler nahm im Reichszug die Wohnung und wird den Kaiser heute, Sonnabend, nach Stuttgart begleiten. Seine Majestät der Kaiser hörte Freitag vormittag den Vortrag des Reichskanzlers. Später folgten die Majestäten, sowie die Prinzessin Viktoria Luise einer Einladung der Prinzessin Wilhelmine zur Frühstückstafel. — Nachmittags empfing der Großherzog den Reichskanzler, während der Kaiser am späteren Nachmittag die Vorträge des Chefs des Zivilkabinetts und des Chefs des Militärkabinetts hörte.

*** Die elaf-lohrbringende Verfassungsfrage entschieden?** Wie die „Prezenträle“ „authentisch“ erfahren haben will, sei am getrigen Freitag die elaf-lohrbringende Verfassungsfrage zwischen der Regierung und einer Anzahl von Parteiführern in geheimer Sitzung endgültig abgeklärt worden. Die Majorität befürwortet aus den Liberalen und dem Zentrum. Der Reichskanzler hat am Nachmittag bereits in Karlsruhe dem Kaiser Vortrag gehalten und habe die Sanktion erhalten. — Wir geben die folgende Meldung nur unter allen Vorbehalten wieder.

*** Der Unterrichtssekretärwechsel im Auswärtigen Amt.** Der Unterrichtssekretär im Auswärtigen Amt, Wirklicher Geheimrat Legationsrat Stemann, ist seinem Amtsende entsprechend von seinem bisherigen Amte entbunden und mit der Verleihung des Ehrenkreuzes als Wirklicher Geheimrat mit dem Vordränge Entlassung zur Disposition gestellt worden. Zu seinem Nachfolger ist der Dirigent der geistlichen Abteilung des Auswärtigen Amtes Wirklicher Geheimrat Legationsrat Zimmermann ernannt worden, während die Funktionen des Dirigenten der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes dem vorangehenden Rat im Auswärtigen Amt, Geheimen Legationsrat v. S. u. m. r., unter Verleihung des Titels und Rang eines außerordentlichen Geheimrats und befohlenmächtigen Ministers übertragen worden sind.

*** Zum Tode Adolf Noermanns.** Herr Eduard Noermann ist von seiner Majestät dem Kaiser aus Karlsruhe folgendes Telegramm zugegangen: Die Nachricht von dem plötzlichen Tode Ihres Bruders Adolf Noermann hat mich sehr betrübt. Seine Verdienste bedeuten einen großen Verlust für die deutsche Meereswelt, um die er sich unermüdet Verdienste erworben hat. Ich spreche Ihnen und allen Hinterbliebenen meine herzlichste Teilnahme aus.

*** Die Dauer der Parlamentstagen.** Offiziell wird geschrieben: In den letzten Tagen wird in parlamentarischen Kreisen mehrfach die Auffassung vertreten, daß die laufende parlamentarische Kampagne sowohl im Reich als in Preußen vor Pfingsten mit der Vertagung des Reichstages und des Landtages ihren Abschluß finden werde, und zwar gleichzeitig, was von den vorliegenden Umständen her gesehen, soweit ersichtlich, bis dahin erledigt werden kann. Soweit es sich um die Vertagung des Reichstages handelt, so ist die Vertagung des Reichstages am 1. Juni zu erwarten, wenn die Reichsverfassungsordnung verabschiedet sein wird. Von einer Vertagung vor Pfingsten kann also nur unter der Voraussetzung die Rede sein, daß es bis dahin gelingt, die zweite und dritte Lesung dieses umfangreichen gesetzgeberischen Werkes zum Abschluß zu bringen. Gelingt dies, wie beinahe zu befürchten ist, nicht, so wird der Reichstag nach Pfingsten solange tagen, bis am Schluß der dritten Lesung die Gesamtabstimmung über die Reichsverfassungsordnung erfolgt sein wird. In Preußen ist bisher von einer Vertagung des Landtages bis zum Herbst nur im Zusammenhang mit dem jetzt aufgegebenen Plane die Rede gewesen, ihm den Entwurf des Wassergesetzes noch in dieser parlamentarischen Kampagne vorzulegen. Im übrigen liegt gar kein Anlaß zu der außerordentlichen Maßnahme einer Vertagung des Landtages statt des Sessionschlusses vor. Auch sprechen gewichtige praktische Gründe dagegen, die Erledigung eines erheblichen Teiles der gesetzgeberischen Aufgaben dieser Kampagne auf den Herbst zu verschieben. Der Landtag wird in der nächsten Tagung gesetzgeberische Aufgaben von ungewöhnlich größerer Bedeutung und Schwierigkeit zu lösen haben als in der gegenwärtigen. Auch läßt sich die Verabschiedung eines Teils der jetzt zur Vertagung stehenden Gesetzentwürfe bis zum Herbst nicht ohne erhebliche Nachteile vermeiden. Dies gilt insbesondere von den Gesetzentwürfen betr. die Errichtung eines Zweidrittelbundes Groß-Berlin, den Ausführungsgeetzen zu dem Reichsversicherungsengesetz und zu dem Reichsautonominen-Gesetz, sowie von der Vorlage betr. die Entlastung des Oberverwaltungsgerichts. Das Inkrafttreten der genannten Vorlagen ist überaus dringlich, sie müssen daher

unbedingt in der jetzigen parlamentarischen Kampagne verabschiedet werden. Von einem Abschluß dieser Kampagne vor Pfingsten könnte daher nur die Rede sein, wenn es gelänge, bis dahin übereinstimmende Beschlüsse aller drei Faktoren der Gesetzgebung herbeizuführen. Dies ist im Hinblick darauf, daß das Reichsamt mit allen diesen gesetzgeberischen Aufgaben noch gar nicht befaßt war, nach dem gegenwärtigen Stande der Arbeiten des Abgeordnetenhauses äußerst unwahrscheinlich. Bei dieser Lage der Dinge wird man daher gut tun, mit einer Fortdauer der parlamentarischen Verhandlungen im Reich wie in Preußen über Pfingsten hinaus zu rechnen.

*** Die Schiffahrtsabgabekommission** legte gestern die Beratung über den Tarif fort. Es wurde beschlossen, daß der Personenschiffverkehr und der Flößereibetrieb mit Abgaben nicht befaßt werden.

*** Die Ausgabe kleiner Aktien.** Zu dem vom Bundesrat angenommenen Gesetzentwurf über die Ausgabe kleiner Aktien in den Kantonalgerichtsbezirken und im Schutzbereich Kaufhauf schreibt man uns: Eine gleiche Vorlage war bereits im vorigen Jahre dem Reichstage zugegangen. Sie erlangte aber nicht die Zustimmung des Reichstages, weil man vor allem an dem für das Deutsche Reich geltenden Grundsatze der Ausgabe von Aktien unter 1000 Mark festhalten wollte. Für das Schutzbereich Kaufhauf bedeutete die Ablehnung der Vorlage eine Schädigung in seiner wirtschaftlichen Entfaltung, da die Begründung von Gesellschaften mit schweren Aktien nahezu unmöglich war. Die Gesellschaften wählten daher den Ausweg, sich unter englisches Recht zu stellen, nach dem die Ausgabe kleiner Aktien zulässig ist. So entstanden in der deutschen Kolonie immer mehr englische Gesellschaften, eine Entwicklung, die keineswegs im Interesse des deutschen Ansehens in Distanz lag. Wenn die Reichsregierung nunmehr den Gesetzentwurf noch einmal vorlegt, so darf man annehmen, daß auch im Reichstage inzwischen die Bedenken dagegen behoben sind. Einigen Änderungsanträgen, die bei der ersten Beratung im Reichstage gemacht wurden, dürfte der neue Entwurf Rechnung tragen.

*** Die Frage der Schülerleibmorde** behandelte auf einem Elternabend des Königin-Carola-Gymnasiums in Leipzig Herr Rektor Professor Dr. Vogel im Anschluß an die traurigen Vorkommnisse im vorigen Schuljahre. Es wurden für den Erzieher folgende schwerwiegende Pflichten festgelegt: 1. Es muß schon von kleineren Kindern alles ferngehalten werden, was zu großmüßigeren Freizeiten führen kann, insbesondere die Beschäftigung mit Wissensgebieten verhindert werden, denen die jungen Leute noch nicht gewachsen sind, hauptsächlich auch das Studium der neueren Philosophie, das ohne sachkundige Leitung zu Selbstüberhebung, dann aber zu schwerer Depression zu führen pflegt. 2. Die Schule muß weniger weidlich und reichhaltiger, sondern wieder fröher und schlichter und richtiger erzogen werden, damit sie nicht zu verlastet und behindernd ihres ferngehalten werden, was ihre Verdienste ohne Not schmälert und ihre Widerstandskraft untergräbt; geschäftliche Vergnügungen, schlafräubernde Gesellschaft, Riketten- und Alkoholgenuss. 3. Die Erzieher müssen alles tun, um der Jugend Glauben und Religion zu weihen und 5., um sich das Vertrauen ihrer Pflegebedürftigen zu gewinnen und zu erhalten.

*** Der Dienst der kaiserlichen Lehrer** soll eine Verstärkung erfahren. Es liegt eine Stellung vor, in den von den jungen Lehrern zu leistenden Diensten eine Stelle einzufügen, durch die er verpflichtet wird, seinen Verein anzugehen, dessen Tendenzen gegen die staatlichen und dienstlichen Interessen verstoßen.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

67. Sitzung vom 5. Mai, 12 Uhr.
Im Ministerrath: v. Breitenbach.
Präsident v. Kröner eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 15 Minuten.

Erste Beratung des Eisenbahnhaushaltsgesetzes.
Die Vorlage fordert an: zum Bau von Haupt- und Nebenbahnen 106 Millionen Mark, zur Herstellung 2, 3. und 4. Klasse 28 Millionen, zur Deckung von Mischkosten für früher bewilligte Strecken 13 Millionen, zur Errichtung des elektrischen Betriebes auf den Strecken Magdeburg-Sitterfeld, Leipzig-Galle und der Strecke Naumburg-Sitterfeld mit ihren Zweigstrecken 27 Millionen, zur Verstärkung des Fahrplans 82 Millionen, zur weiteren Förderung des Baues von Kleinbahnen 6 Millionen, im ganzen 268 Millionen Mark.
Eisenbahnminister v. Breitenbach: Auch in diesem Entwurf werden wieder bedeutend mehr Mittel angefordert für den Ausbau von Haupt- und Nebenbahnen. Dem Ausbau des Hauptnetzes werden wir fortgesetzt unsere Aufmerksamkeit zuwenden und in diesem Jahre erbitten wir für nicht weniger als vier Hauptlinien die Mittel. Auch für die Umwandlung von Neben-

bahnen in Hauptbahnen sind in diesem Jahre bedeutende Mittel angefordert. Die Veruche mit der Elektrifizierung des Eisenbahnbetriebes haben zu guten Resultaten geführt, und es ist heute schon erkennbar, daß das Staatseisenbahndurchführung der elektrischen Betriebes eine größere Leistungsfähigkeit erhalten wird, abgesehen von den Vorteilen, die aus der Elektrifizierung der Eisenbahnen dem Verkehr und dem Handel, sowie den übrigen Erwerbszweigen zugute kommen. Daher haben wir in diesem Etat größere Summen angefordert zur Elektrifizierung mehrerer Linien. Die Staatseisenbahnverwaltung ist überhaupt bestraft, den großen und immer mehr steigenden Bedürfnissen des Verkehrs nach ihren Kräften Rechnung zu tragen, und ich hoffe, daß das Haus der Vorlage zustimmen wird.

Abg. v. Cassel (kons.): Die Vorlage legt Zeugnis ab von den hervorragenden Leistungen unserer Staatseisenbahnverwaltung unter ihrem derzeitigen Chef. Bei der aufsteigenden Konjunktur und der sich besternden Finanzlage konnten wir eine gut dotierte Vorlage erwarten, und diese Erwartung hat sich denn auch erfüllt. Die Denkschrift zeigt leider eine starke Belastung vieler Bezirke. Wieder sei an die Kreise die Warnung gerichtet, gleich nebenbahnbahnen Kleinbahnen zu bauen, die also normal-spurig sein müssen.

Abg. Balkenorn (Ztr.): Es gab eine Zeit, in der der Ausbau von Kleinbahnen in Hauptbahnen nicht in diese Vorlage aufgenommen wurde. Doch dies jetzt geschieht, ist ein unangenehmer Fortschritt. Erfolgreicherweise sind in der Vorlage auch einige Strecken geboten, die in der Hauptsache den industriellen Arbeitern zugute kommen und ihnen das Wohnen in freierer Luft ermöglichen.

Abg. Wacker (nl.): Der Bedarf an Bahnbauten wird immer größer, weil werden nicht umhin können, jeder Notwendigkeit ungenügende Rechnung zu tragen. In der Vorlage scheinen die Hauptbahnen auf Kosten der Nebenbahnen bevorzugt zu sein. Im Beleuchtungsbedarf ist noch mangelnde Verbesserung. Bei den zahlreichen vorhandenen elektrischen Kraftanlagen ist es nicht notwendig, für die zu elektrifizierenden Linien eigene städtische Kraftwerke zu bauen. Wenn man die überschüssigen Kräfte privater Kraftwerke benutzen würde, könnte man noch auf mehr Linien den elektrischen Betrieb einführen. Im allgemeinen ist eine raschere Ausführung der Bahnbauten zu wünschen. Weiter ist eine Vermehrung des Automotivbetriebes sehr zu empfehlen. Für besseren Anfluß der Nebenbahnen an die Hauptbahnen ist Sorge zu tragen.

Abg. v. Breitenbach: Die Verwaltung ist bemüht, die Eisenbahnen den Bedürfnissen des Verkehrs entsprechend auf der Höhe ihrer Leistungsfähigkeit zu erhalten. Wir müssen auch den Fahrplan nach Möglichkeit aus. Ein solches Manöuvre an Veränderungsmaterial, wie früher, besteht nicht mehr. Wir haben in den Jahren 1907-1909 sehr bedeutende Summen zur Ergänzung des Fahrplanes aufgewendet. Die heute noch zu elektrifizieren, müssen wir erst die Erörterungen abwarten, die wir mit den projektierten Linien machen.

Abg. v. Bohne (fr.): Unsere Verbindungen mit Ostpreußen und Braunschw. könnten noch besser werden. Die Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens kann nicht besser vorbereitet, als indem man die freundschaftlichen Beziehungen stärkt und den Verkehr verbessert. Der Mangel des Wagenmangels wird sich vermindern. Je besser die Anstöße für die Staatsbahnverwaltung in Folge der Konkurrenz dreier Gruppen sein könnten. Die Aufträge an diese Gruppen müssen gerecht verteilt werden. Zahlreiche Kleinbahnen sind bis an die Grenze des Möglichen belastet, ihre Unternehmer, die Landkreise, hart bekränkt. Da kann der Staat helfen.

Abg. Dr. Rademacher (Sp.): Die Vorlage bringt mannes erfüllt aber unsere Erwartungen nicht. Eine größere Summe angefordert werden. Die in der Vorlage erscheinende Summe Melsen—Demerberg kommt auch Mecklenburg in durchaus zu billiger Weise entgegen. Auch Wartenitz—Heilsberg ist durchaus zu begrüßen. Auf dem Gebiete der Unterführungen muß noch schneller vorgegangen werden.

Abg. Schmitz (natl.): Der Verkehr ist um so stärker geworden, je mehr Mittel dem Reich zur Verfügung stehen. Die Erweiterung des technischen Apparates ist auch der Zweck der heutigen Vorlage. Sie ist aber leider nur bescheiden bemessen. Beim Ausbau der Vollbahnen sind freilich früher die Unterführungen besungen worden.

Abg. v. Breitenbach: Für verkehrende Zwecke hat die Eisenbahnverwaltung ansehnliche Mittel zur Verfügung.

Neue Bahnanlässe.

Abg. Biedert (fr.): wünscht den Bau einer Linie von Wehr nach Vattenberg.

Abg. v. Heimburg (kons.): fordert eine Linie von Wehr nach Vattenberg.

Abg. Krause-Waldenburg (fr.): begrüßt die Verkehrsverhältnisse im rickerscheffischen Kohlenrevier. Der Strom für die Erziehung sollte vom Waldenburger Elektrizitätswerk bezogen werden.

Abg. Dr. v. Aries (kons.): wünscht bessere Anschlüsse in Kreuz und Erlichshaus des Gebietes bei Draubemühl, Deutschfritz und Kreuz durch staatliche Bahn.

Abg. Dr. v. Dahnert (natl.): fragt darüber, daß der Frischschlamm Pressen-Berlin in Leipzig nicht fällt, und bringt dann verschiedene Wünsche auf der Bahn Leipzig-Grißberg zur Sprache; wir müßten einmal mitten auf der Strecke „Aischschienen“. Weiter verlangt er bessere Verbindungen zwischen Leipzig und Wöten.

Abg. Dr. v. Dahnert (Ztr.): Der Frischschlamm kommt ferner von Montabaur nach Wehrberg; als der Zug. Die Bahn fährt so langsam, wie es langsamer nicht gehen kann. (Geister!) Außerdem muß man auf den Stationen sehr lange auf Anfluß warten, so daß man sich zu Tode ärgern kann. (Große Geisterzeit.) Der Bau

